Jugendliche in Ost-Berlin
Schwere Last des DDR-Erbes

J. RÖTZSCH / OSTKREUZ

EINHEIT

Ein Experiment für die Zukunft

Zehn Jahre nach dem Zusammenbruch der DDR sind die Lebensbedingungen der Deutschen noch immer höchst unterschiedlich. Nur langsam wächst im Osten die Zuversicht.

Als die DDR ihm den Krieg erklärte, war Jochen Läßig 27 Jahre jung und ein gescheiterter Mann. Der Theologiestudent saß im Januar 1989 eine Woche im Gefängnis, weil er eine Demonstration mitorganisiert hatte. Für den Staat war er ein Asozialer; er verdiente sein Geld als Straßenmusiker.

Neun Monate später, im Herbst 1989, begann für Läßig der „Aufbruch zu einem neuen Leben“. Er wurde Mitbegründer des Neuen Forums und Fraktionschef von Bündnis 90 in der Leipziger Stadtverordnetenversammlung. Die Hans-Böckler-Stiftung finanzierte sein Jurastudium, im Sommer 1999 eröffnete er mit einem Kollegen eine Anwaltssozietät. „Es war, als hätte ich eine zweite Chance bekommen.“

Hans-Jürgen Lüder, 49, war bis zum Ende der DDR ein erfolgreicher Mann. Er hatte Mechaniker gelernt, Maschinenbau studiert und stieg im Ost-Berliner Kabelwerk Köpenick zum Gruppenleiter auf. Für den Staat war er ein ordentlicher Bürger – obwohl er weder Parteimitglied noch Stasi-Zuträger war.

Als die DDR zusammenbrach, begann Lüder mit dem Abbau Ost. Maschine um Maschine half er mit, ein Ost-Berliner Hüttenwerk zu demontieren. Dann war Schluss. 1992 ließ er sich zum technischen Sachbearbeiter umschulen, 1997 bestand er eine Weiterbildung für Ingenieure mit Bestnote. Seither ist er arbeitslos und lebt von 950 Mark Sozialhilfe. „Ein fester Job wäre für mich ein Traum.“

Bis heute leiden viele Menschen in den neuen Ländern daran, dass die Überführung der maroden DDR-Wirtschaft mit ihren überalterten Maschinenparks und ihren immensen Schulden im westlichen Ausland in lebensfähige Strukturen „kaum gelungen“ ist, wie die thüringische Wissenschaftsministerin Dagmar Schipanski bilanziert. Von der wirtschaftlichen Einheit, räumt auch der Ost-Beauftragte der Bundesregierung, Rolf Schwanitz, ein, sei der gesamtdeutsche Staat „noch weit entfernt“.

Die Last des DDR-Erbes war wohl zu schwer. Die Politik der Vollbeschäftigung, die der SED-Staat ohne Rücksicht auf Produktivität lange Zeit durchhielt, war unter den Wettbewerbsbedingungen der Marktwirtschaft zum Scheitern verurteilt.

Zu DDR-Zeiten wollten und sollten alle arbeiten – auch, anders als im Westen, die Frauen. Die „Erwerbsneigung“, wie Arbeitsmarktexperten den Wunsch nach Berufsausübung nennen, ist in den neuen Ländern bis heute weitaus größer als in den alten.

So kommt es, dass die so genannte Beschäftigtenquote, der Anteil aller Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung, im Osten sogar höher als im Westen ist. Weil in den neuen Ländern aber mehr Menschen, vor allem Frauen, arbeitswillig sind als im Westen, ist die Arbeitslosenquote mit offiziell 17,2 Prozent mehr als doppelt so hoch wie in den alten Ländern (8,3 Pro-

zent); hinzu kommen 300 000 Menschen, die in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Umschulungen untergebracht sind.

Tatsächlich ist jeder Fünfte arbeitslos. Und: Wer in Lohn und Brot steht, verdient durchschnittlich ein Viertel weniger als Berufskollegen in Westdeutschland.

Das subjektive Gefühl von Unzufriedenheit steht dennoch häufig genug im Gegensatz zur Realität: So erhalten etwa viele Ostrentner aufgrund ihrer im Ost-West-Vergleich längeren Erwerbsbiografien mehr Ruhegeld als Pensionäre. Beinahe jeder zweite Ostdeutsche lebt heute auch nach eigenem Bekunden „besser als zu DDR-Zeiten".

Das neue Deutschland

Statistisch gerechnet, geht es den Ostdeutschen so gut wie nie. Binnen sieben Jahren verdreifachte sich das Vermögen der Haushalte beinahe. Wie im Westen hat fast jeder Zweite ein Auto.

Trotzdem hat sich in den vergangenen zehn Jahren jeder dritte Ostdeutsche „häufig" oder „gelegentlich" die Mauer zurückgewünscht (siehe Grafik). „Es gibt eine Angst vor der Zukunft, die wir als DDR-Bürger nicht kannten", sagt der Leipziger Jens Eßbach. Der 34-Jährige gehört zu den Einheitsgewinnern: Er arbeitete einst im VEB Gebäudewirtschaft, der kommunalen Wohnungsverwaltung, und studierte nach der Wende Sozialpädagogik. Sein früherer Betrieb stellte ihn wieder ein, als Sozialarbeiter.

Wie zu DDR-Zeiten ergreifen Ostdeutsche auch heute die Flucht – aber sie suchen im Westen Arbeit, nicht Freiheit. Die neuen Länder leiden an Bevölkerungsschwund: Die Einwohnerzahl sank seit dem Einheitsjahr 1990 um etwa 800 000 von 16 auf rund 15,2 Millionen. Die Zahl der Ost-West-Wanderer steigt, die der West-Ost-Wanderer fällt. Bis 2010 wird der Osten nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes eine weitere Viertelmillion Menschen verlieren (siehe Grafik Seite 43).

Es sind nach Beobachtung der Rostocker Statistikerin Ursula Kück vor allem „extrem viele junge Frauen", die sich auf nach Westen machen.

Experten fürchten, dass die Bevölkerungsstruktur noch weiter aus dem Lot gerät. Seit der Wende fehlt es den neuen Ländern an Nachwuchs. Wegen der unsicheren Lage wollten viele Frauen keine Kinder mehr bekommen. Zudem wurden aus finanziellen Gründen viele Kinderkrippen und Horte geschlossen, die zu SED-Zeiten die Rundumbetreuung der Kids garantierten – der Typus der arbeitenden Mutti war ein Leitbild des Ostens, nicht des Westens.

Viele gehen, obwohl ihre Heimat viel wohnlicher und komfortabler geworden ist. Landauf, landab sind die Fassaden der Häuser gestrichen, die Dächer neu gedeckt und die Straßen geteert. Die Zeiten seien vorbei, sagt der Leipziger Kameramann Lutz Knauth, 39, in denen eine Fahrt von West nach Ost „wie von einem Farbfilm in einen Schwarzweißfilm" war.

Doch das entscheidende Handicap ist geblieben: Noch immer erreicht die Wirtschaftskraft Ost gerade mal 60 Prozent der Wirtschaftskraft West. Das Pro-Kopf-Steueraufkommen hat nicht einmal die Hälfte des Westniveaus erreicht – der Osten wird noch lange am Tropf hängen. Ein Grund: Von den Transferleistungen in Höhe von zuletzt 189 Milliarden Mark für 1998 fließt nur ein Sechstel in Investitionen: Der größte Teil geht für soziale Absicherung drauf.

Nur die Agrarwirtschaft des einstigen Arbeiter-und-Bauern-Staates brachte es zu den von Kohl versprochenen blühenden Landschaften. Die wenigen verbliebenen Landwirte haben von der Wende profitiert, sie können mit ihren durchschnittlich 126 Hektar großen Vollerwerbsbetrieben höchst rationell und zu Weltmarktbedingungen wirtschaften, der Zwangskollektivierung in den fünfziger Jahren sei Dank.

Von so viel Betriebsfläche können die meisten West-Bauern mit ihren durchschnittlich 41 Hektar nur träumen. „Die Landwirtschaft", sagt Dietmar Ehrenholz, 41, Vorsitzender der Agrargenossenschaft Minzow nahe der Müritz stolz, „ist der einzige Wirtschaftszweig im Osten, der besser funktioniert als im Westen."

Ehrenholz war vor der Wende Chef der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) „Rosa Luxemburg", gründete mit Kollegen die Genossenschaft und übernahm große Teile der LPG. Mit Millionen-Krediten wurde der Maschinenpark komplett ausgetauscht; 20 Mitarbeiter bewirtschaften heute rund 1000 Hektar Land, lassen 300 Stück Vieh grasen und mästen etwa 4000 Schweine.

Der Preis: Ehrenholz musste etwa 180 der rund 200 Mitarbeiter entlassen.

Die Landwirtschaft läuft. Wer aber große Industriebetriebe sucht, fahndet in den neuen Ländern meist vergebens. Es gibt Westableger wie Volkswagen in Mosel bei Zwickau (4500 Beschäftigte) oder Vorzeigefirmen wie Jenoptik (8500). Der Optikproduzent jedoch hat, in Jena beheimatet, drei Viertel seiner Arbeitsplätze im Westen eingerichtet. Unter den 100 größten Konzernen der Republik findet sich denn auch kein echter Ostbetrieb.

Entstanden ist eine ökonomische Landschaft voller Widersprüche: Der Osten ist ein großindustrielles Brachland, durchsetzt mit kleinen Hightech-Oasen und den Keimen einer neuen Unternehmergeneration.

Die Fördermilliarden aus dem Westen, aber auch der schnelle Anstieg der Löhne

FOTOS: TRANSIT

Ost-Bürger Läßig*
„Aufbruch zu einem neuen Leben"

Emnid-Umfrage für den SPIEGEL im August; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: weiß nicht

* Oben: 1989; unten: 1999.

G. SCHLÄGER

Ostdeutsche Landwirtschaft: *„Der einzige Wirtschaftszweig, der besser funktioniert als im Westen“*

führten dazu, dass viele Ostunternehmer lieber in Maschinen als in Menschen investierten. Herausgebildet hat sich im Laufe der Jahre eine hocheffiziente, aber menschenleere Struktur. Und es scheint, als nähme der Osten damit eine Entwicklung vorweg, die dem Westen noch bevorsteht.

In manchen Landstrichen von Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt hat jeder Dritte keinen Job, während im Großraum Dresden, um die Chipwerke von AMD und Siemens, das „Silicon Saxony“ entsteht – eine Wachstumsregion, die ein paar hundert innovative Computer- und Softwarefirmen, Handy-Zulieferer und PC-Hersteller angezogen hat.

Der partielle Aufschwung machte einige sogar reich, rund 260 Ossis versteuern ein Einkommen von einer Million oder mehr, im Westen sind es nahezu 25 000.

Zu den Erfolgreichsten gehört Hans-Dieter Lindemeyer, 45, aus Taucha, einer Stadt am Rande von Leipzig. In den Wirren der Wende, noch vor der Währungsunion, lieh sich der Diplommathematiker bei Freunden und Verwandten 50 000 Ost-Mark und gründete ein Ein-Mann-Handelsunternehmen für Computer. Bei einem Taiwaner in Hamburg holte er mit seinem Trabi im März 1990 seinen ersten Rechner ab und verkaufte ihn daheim.

Heute ist aus der Garagenfirma ein kleiner Technologiekonzern geworden. Lindemeyer gebietet über rund 300 Mitarbeiter und steuert die am schnellsten wachsende Firma im deutschen Osten, die Lintec AG. Im vergangenen Jahr ging er an die Börse; der Kurs der Aktie hat sich mehr als verdoppelt, und sein Unternehmen ist nun ein paar hundert Millionen Mark wert.

Doch die meisten Ostbetriebe wursteln sich mehr schlecht als recht durch. Hasso Düvel, IG-Metall-Bezirkschef für Brandenburg, Berlin und Sachsen, muss mit ansehen, wie sich immer mehr Unternehmen den Zwängen des Flächentarifvertrags entziehen, sich aus den Arbeitgeberverbänden verabschieden und Löhne zahlen, die oftmals deutlich unter dem üblichen Tarifniveau liegen. Der Osten sei „ein Experimentierfeld für die Zukunft Deutschlands“, sorgt sich Düvel.

Die gekränkte Seele vieler Ostdeutscher, die Arbeitslosigkeit und Zukunftsangst aushalten muss, macht sich politisch auf zweifache Weise Luft.

Rechtsextremisten sind auf dem Vormarsch. In den brandenburgischen Landtag zogen bei der Wahl im September fünf DVU-Abgeordnete, im sachsen-anhaltinischen Parlament saßen nach der Wahl im April vorigen Jahres 16 Vertreter der DVU; inzwischen gehören drei nicht mehr der Fraktion an. Auf 100 000 Einwohner kamen statistisch 2,4 rechtsextremistische Gewalttaten, in Westdeutschland waren es nur 0,7.

Die Politik empört sich und bleibt hilflos. Konzepte wie „Tolerantes Brandenburg“, für das die Landesregierung in diesem Jahr 3,5 Millionen Mark zur Verfügung stellte, greifen kaum. Im ersten Halbjahr 1999 wurden dort 33 fremdenfeindliche Gewalttaten registriert, 50 Prozent mehr als in den ersten sechs Monaten 1998.

Die andere Form des Protestes spiegeln die enormen Erfolge der PDS. Die Postkommunisten sind seit Jahren kontinuierlich im Aufwind. Seit die PDS im Osten zur neuen Volkspartei aufstieg und die SPD auf den dritten Platz verwies, funktioniert die alte Bonner Koalitionsarithmetik nicht mehr. Das Parteiensystem der Republik ist aus den Fugen geraten, aber immer noch tun sich dessen Protagonisten schwer mit der neuen Realität.

Die SPD hat bis heute kein strategisches Konzept für den Umgang mit der neuen Konkurrenz zu ihrer Linken. Die CDU streitet im Jahre 10 der Einheit, ob die SED-Nachfolgerin jetzt auch anders als mit dem ewigen Hinweis auf ihre Vergangenheit bekämpft werden darf. Die Grünen haben auf der Regierungsbank ihre Rolle als Protestpartei eingebüßt und sind, wie die FDP, im Osten auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit. Weder grüne noch wirtschaftsliberale Ideen haben dort je wirklich Fuß gefasst.

R. ZÖLLNER

PDS-Wahlkampf (in Ost-Berlin)
Aufstieg zur neuen Volkspartei

Die aus dem Osten stammende grüne Bürgerrechts-Abteilung hatte in den Augen der Wähler mit dem Fall der Mauer ihre wichtigste Aufgabe erfüllt. Wer reisen darf, seine Meinung sagen und sich jederzeit versammeln kann, braucht keine Bürgerrechtler mehr.

Wo sich die Ostdeutschen enttäuscht von den Westparteien abwenden, kann die PDS als Protestpartei reüssieren. Im Osten zeichnet sich ein Dreiparteiensystem aus CDU, PDS

und SPD ab, es könnte sich auch bundesweit etablieren. Zwei Volksparteien, CDU und SPD, mit je einem regionalen Radikal-Satelliten an ihren Flanken, der CSU in Bayern und der PDS im Osten – das könnte das System der Zukunft sein.

Daneben haben die Wahlanalytiker noch einen weiteren Trend ausgemacht: Die Orientierung an Personen ersetzt, zumindest bei den Gewinnern der Einheit, die Bindung an Parteien – eine plausible Erklärung für die Wahlerfolge der CDU-Ministerpräsidenten Bernhard Vogel in Thüringen und Kurt Biedenkopf in Sachsen. Beide haben sich mit Erfolg als Landesväter profiliert. Dieter Roth von der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen glaubt, dass diese Entwicklung auch im Westen in dem Maße greifen wird, wie traditionelle Milieus der Parteien wegbrechen. Roth: „Der moderne Wähler lebt im Osten." Er ist in seinem Wahlverhalten höchst flexibel, Parteitreue ist ihm fremd.

Bevölkerungswanderung
zwischen den neuen und den alten Bundesländern

Quelle: Statistisches Bundesamt

Doch die Politiker reagieren weit weniger flexibel auf die Veränderungen – kein Wunder, bis auf wenige Alibi-Figuren ist die westdeutsche politische Elite unter sich geblieben. Angela Merkel, die CDU-Generalsekretärin, und Bundestagspräsident Wolfgang Thierse sind die einzigen Ostdeutschen, die an der Spitze mitmischen. Im Kabinett dürfen Ossis sich um Frauen und Familie kümmern (Christine Bergmann) und als Staatsminister im Kanzleramt um den Aufbau Ost (Rolf Schwanitz). Sowenig das westdeutsche Volk wegen der Einheit auf den gewohnten Wohlstand verzichten wollte, sowenig waren westdeutsche Politiker zu Abstrichen bereit.

Im Glanz der Einheit gefiel die alte Republik sich plötzlich wieder sehr. Die Einheit hat, so paradox das klingt, die politischen Verhältnisse in Deutschland zunächst auf dem Status quo (West) festgeschrieben. Der Zusammenbruch des Ostblocks bestärkte die Westdeutschen in dem Glauben, dass bei ihnen alles in Ordnung sei. Die reformbedürftigen Sozialversicherungen wurden nicht nur ohne jeden Ansatz einer Änderung auf den Osten übertragen, sondern auch noch mit zusätzlichen Kosten belastet.

Weil Kohl versprach, die Einheit lasse sich ohne Steuererhöhungen finanzieren, wurden vereinigungsbedingte Ausgaben wie etwa die Auffüllung der Rentenbeträge für Rentner aus den neuen Ländern in die Sozialkassen verlagert. Mit drastischen Folgen: Von 1991 bis 1998 stiegen die Beitragssätze zur Sozialversicherung von 35 auf mehr als 42 Prozent.

Vielleicht waren die Fehler unvermeidlich. Denn der vom Ost-Volk geforderte schnelle Beitritt nach Artikel 23 des Grundgesetzes ließ lange Verhandlungen gar nicht zu. Im Westen waren sie ohnehin nicht erwünscht.

Zwar jammern viele Ostdeutsche immer noch, sie seien vom Westen kolonialisiert worden. Tatsächlich aber gab es noch nie ein Volk, das seine „Kolonialherren" sogar unter Androhung von Sanktionen („Kommt die DM nicht zu uns, kommen wir zur DM") ins Land gezwungen hat.

Die Debatte, ob sich die Republik mit der Vereinigung auch eine neue Verfassung geben solle, wurde schnell beendet, auch weil die Ostdeutschen „nach Jahrzehnten des realsozialistischen Abenteuers keine weiteren Experimente über sich ergehen lassen" wollten, wie die Politikwissenschaftler Kurt Sontheimer und Wilhelm Bleek feststellten. Der Umzug nach Berlin war für das vereinte Deutschland die einzig sichtbare Zäsur im institutionalisierten politischen System. Jetzt agiert die Politik in einem völlig neuen Umfeld. Viele Abgeordnete haben in Berlin-Mitte Quartier bezogen, auf dem Territorium der ehemaligen DDR, und begegnen dort den ostdeutschen Mitbürgern nun täglich auf Hausfluren und Straßen.

Die unmittelbare Begegnung von Ost- und Westbürgern führt nicht immer zu höherem Verständnis füreinander. Als zum Beispiel die von der Wupper an die Oder geratene Chefarzt-Gattin Gabriela Mendling jüngst in ihrem Buch „NeuLand" nach Kolonialherren-Art über ihre Erfahrungen mit spießigen Ossis berichtete, entfaltete sich vor Ort kollektive Wut. Besonders aber dringt des Westvolkes Stimme durch, wenn

den Ostdeutschen pauschal das Ende des westdeutschen Wohlfahrtsstaates angelastet wird. Der Ossi sei „eine ästhetische Zumutung“, der absahne, „was an Milliarden abzusahnen geht“, provozierte der West-Berliner Klaus Bittermann in seiner Schmähschrift „It’s a Zoni“.

Sahnt der Osten wirklich ab? Politiker aller Couleur verteidigen die Last, die sie die Bürger in West und Ost schleppen lassen – vom Solidaritätsbeitrag, der das Netto-Einkommen aller Arbeitnehmer spürbar belastet, bis zum Sparpaket, das zum Teil eine Folge der enormen Staatsverschuldung für den Aufbau Ost ist. Ihr Argument: Die Lasten des verlorenen Krieges trug die Bevölkerung des Ostens weit mehr als die des Westens – nun sollen alle *ein* Volk sein, solidarisch bis in jedes Portemonnaie.

Der Leipziger Kameramann Knauth und seine Ehefrau können damit bestens leben. Sie verdienen gut, sie können sich eine große Wohnung und zwei Autos leisten und wollen, nachdem sie Italien, die Schweiz, Kanada, Kenia und die Karibik kennen gelernt haben, nach Australien und Neuseeland. Verlierer der Einheit wie der Ost-Berliner Ingenieur Lüder indes suchen auch zehn Jahre nach der Wende nach ihrer Zukunft. Lüder hat in Berlin-Köpenick einen Arbeitslosen-Selbsthilfeverein gegründet. Die Mitglieder, allesamt arbeitslos, bieten Hauseigentümern Hilfe bei Renovierungen und Kleinbetrieben Unterstützung bei Büroarbeiten an. Sie hoffen, durch diese Kontakte Arbeit zu finden.

Wer die Hoffnung aufgebe, bis zum Rentenalter doch noch einen Job zu finden, sei „vom Absturz bedroht“, sagt Lüder. Er wird im nächsten Jahr 50.

Carolin Emcke, Susanne Fischer, Florian Gless, Carsten Holm, Hartmut Palmer, Ulrich Schäfer

WIRTSCHAFT

Der Markt ohne Mauern

Mit dem Ende der DDR begann ein ungeahnter Siegeszug der Marktwirtschaft. Neue Absatzmärkte, Billigarbeiter und der schnelle Start des Euro haben die Globalisierung beschleunigt.

Die Menschen nannten es „Wahnsinn“, als die Mauer fiel. Welcher Prozess damals, im Spätherbst 1989, in diesem Moment des nationalen Taumels, in Gang gesetzt wurde, ahnte niemand. Von da an, Ironie der Geschichte, verlor der Nationalstaat seine Bedeutung.

Denn zugleich begann der Aufstieg des neuen Europa. Helmut Kohl, der Kanzler der Einheit, opferte die D-Mark für den Euro, damit die Nachbarn, allen voran die Franzosen, der Wiedervereinigung zustimmten. Nicht ein deutsches Europa sollte das Ziel sein, versicherte er, sondern ein europäisches Deutschland.

Heute ist der Kontinent auf dem besten Weg zu Kohls Vision. Die gemeinsame Währung ist für Unternehmen und Investoren bereits Realität. In gut zwei Jahren halten die Bürger die neuen Scheine und Münzen in der Hand. Weitere Staaten in Osteuropa werden sich der EU anschließen. Das Zentrum Europas verschiebt sich nach Osten, der Kontinent wächst allmählich zu einem fast grenzenlosen Markt zusammen.

Die Nationalstaaten geben immer mehr Kompetenzen ab. Die Europäische Kommission entscheidet über Finanzhilfen und Fusionen – nicht die Regierung in Berlin. Die Europäische Zentralbank bestimmt über die Entwicklung der Zinsen – nicht die Bundesbank in Frankfurt. Der Europäische Gerichtshof hat das letzte Wort in strittigen Fragen der Wirtschaftspolitik – nicht der Bundesgerichtshof in Karlsruhe.

Europa hat ein neues Gesicht und neues Gewicht bekommen. Der Fall der Mauer und das anschließende Ende des Sowjetreiches haben aber noch weit mehr ausgelöst: Mehr als 400 Millionen Menschen, rechnet man China dazu, sogar fast ein Drittel der Weltbevölkerung, sind dabei, in die Marktwirtschaft einzutreten. In 29 Staaten entstehen neue Standorte und Absatzmärkte.

Wie ein Katalysator hat die Beseitigung des Eisernen Vorhangs der Globalisierung Schubkraft gegeben. Im Osten sahen sich zigtausende Staatsbetriebe plötzlich dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt. Und im Westen überließ der Staat ehemals staatliche Domänen wie Energieversorgung oder Telekommunikation dem Spiel der Kräfte.

Überall auf der Welt wird heute privatisiert und dereguliert, Unternehmen werden vereinigt oder zerschlagen. Mit dem Untergang des Kommunismus hat auch das Modell des fürsorgenden Wohlfahrtsstaates im Westen rapide Anhänger verloren – der Markt triumphiert, der Staat ist auf dem Rückzug.

Nirgendwo sonst erleben die Menschen den epochalen Wandel so unmittelbar wie am Potsdamer Platz in Berlin. Auf wenigen Hektar Fläche dokumentieren Konsum und Lebensstil, wie sich die Welt verändert hat.

Vor zehn Jahren wucherte noch Unkraut über dem öden Areal. Ein paar Schutthaufen erinnerten an den Krieg, der Deutschland und die Welt teilte – ein Niemandsland zwischen Ost und West.

Heute zieht es jeden Tag 70 000 Menschen, meist Touristen, in die neue Mitte Berlins. Die Besucher spazieren durch die zugigen Straßen einer Retortenstadt und bestaunen die bunte Warenwelt der globalen Wirtschaft.

Nur einen Blick entfernt von der Stelle, wo einst der Todesstreifen verlief, streckt sich heute der Bürokomplex von Daimler-Chrysler in den Himmel. Wie ein Denkmal der Globalisierung kündet er weithin sichtbar davon, dass die Idee von der Marktwirtschaft sich durchgesetzt hat gegen die Ideologie vom alles planenden Übervater Staat.

A. SCHOELZEL / ZENIT

Energiekombinat „Schwarze Pumpe“ bei Spremberg (1989): *Aufbruchstimmung verflogen*